

Initiativantrag
der unterzeichneten Abgeordneten
betreffend
EU-Förderungen für arbeitsplatzsichernde Maßnahmen aufgrund der Ukraine-Krise

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, damit diese sich auf europäischer Ebene dafür einsetzt, dass die von der aktuellen Sanktionspolitik zwischen Russland und der EU betroffenen Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Unternehmen der EU-Staatengemeinschaft bei arbeitsplatzsichernden Maßnahmen, sowie bei der Erschließung neuer Exportmöglichkeiten, von der EU finanziell unterstützt werden.

Begründung

Die Krise in der Ukraine ist eine menschliche und wirtschaftliche Katastrophe direkt vor den Toren der Europäischen Union. Die von Russland in der Ost-Ukraine betriebenen Agitationen sind mit dem Völkerrecht unvereinbar und führten zur Ausdehnung und Ausweitung des Konflikts. Ihren Höhepunkt fand die Auseinandersetzung durch den Abschuss eines zivilen Linienfluges. Die Unterstützung von Kampfmaßnahmen am Boden eines souveränen Staates kann nicht ignoriert werden, das solidarische Handeln der europäischen Mitgliedstaaten ist daher zu begrüßen. Die von der EU eingeleiteten Sanktionen waren alternativlos.

Die wirtschaftlichen Folgen dieser Sanktionen entfalten vor allem bei Betrieben im Bereich der Hochtechnologieproduktion und im Bau von Spezialanlagen, die Geschäftsbeziehungen zu Russland haben, negative Wirkungen. Aber auch Betriebe der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie ohne Geschäftsbeziehungen zu Russland sind durch einen Preisverfall im Zuge des Einbruchs von Exporten erheblich betroffen. Das Wirtschaftsforschungsinstitut sieht deswegen 11.000 heimische Arbeitsplätze als gefährdet an, die EU-Kommission taxiert die Auswirkungen der Sanktionen für Russland auf fast 100 Mrd. Euro bis 2015 und auf ca. 40 Mrd. Euro für die europäische Wirtschaft.

Wenn man wirtschaftliche Fragen mit politischen Fragen abwägt, dann ist momentan das politische Primat entscheidend. Deshalb ist die Beteiligung Österreichs an der Sanktionspolitik richtig, auch wenn dies zu schmerzhaften wirtschaftlichen Auswirkungen führt. Denn Österreich ist wirtschaftlich relativ eng mit Russland verflochten. Mit einem Importanteil von 2,5 Prozent und einem Exportanteil von 2,8 Prozent liegt Russland unter den wichtigsten zehn Handelspartnern Österreichs. Deshalb ist es auch wichtig, auf eine schnelle Revidierbarkeit der Sanktionen als

Signal für Gesprächsbereitschaft und einen möglichen Ausstieg aus der Sanktionsspirale zu achten.

Erst vor wenigen Tagen hat MAN in Steyr öffentlich vermeldet, dass 2000 Beschäftigte auf Kurzarbeit wechseln müssen, weil – zusätzlich zur derzeit schwierigen Marktlage - geplante Russland-Aufträge über 500 LKW nicht zustande kommen. Davon drohen in weiterer Folge auch die vielen oberösterreichischen Beschäftigten in den Zulieferbetrieben von MAN betroffen zu sein. Die von MAN angekündigte Kurzarbeit ist eine wirksame arbeitsplatzsichernde Maßnahme in Krisenzeiten. Weitere taugliche Werkzeuge für eine Hilfestellung von betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind Qualifizierungsangebote von Arbeitsstiftungen und Exportoffensiven.

Aufgrund der Tatsache, dass es sich bei den berechtigten Sanktionen um eine gemeinschaftliche Entscheidung der EU-Staaten mit besonders unterschiedlich betroffenen Branchen und Staaten handelt, ist es erforderlich, auf EU-Ebene entsprechende Begleitmaßnahmen für die betroffenen Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Unternehmen zu setzen. Dazu zählt jedenfalls eine Förderung durch die EU, wenn betroffene Betriebe mit arbeitsplatzsichernden Maßnahmen und der Hinwendung zu anderen Exportmärkten statt mit Kündigungen reagieren.

Linz, am 23. September 2014

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Schaller, Weichsler-Hauer, Eidenberger, Krenn, Müllner, Affenzeller, Rippl, Bauer, Pilsner, Promberger, Röper-Kelmayr, Makor, Peutlberger-Naderer

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stelzer, Dörfel, Langer-Weninger, Ecker, Astleitner, Brunner, Pühringer, Weinberger, Stanek, Frauscher, Csar, Schulz, Höckner, Peinsteiner, Jachs, Schillhuber, Hüttmayr, Lackner-Strauss, Aichinger, Manhal, Gattringer, Priglinger, Tausch, Sigl, Hingsamer, Weixelbaumer